



Risiko mit System

Angelica Dullinger

Der Einsatz von Risikomanagementsystemen (RMS) in der Steuerverwaltung soll die Fall-Bearbeitung erleichtern und effektiver machen. Ziel ist es nach § 88 Abs. 5 Satz 2 Abgabenordnung, den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit beim Verwaltungshandeln sicherzustellen. Ein Risikomanagementsystem für die Finanzverwaltung muss mindestens folgende Anforderungen erfüllen:

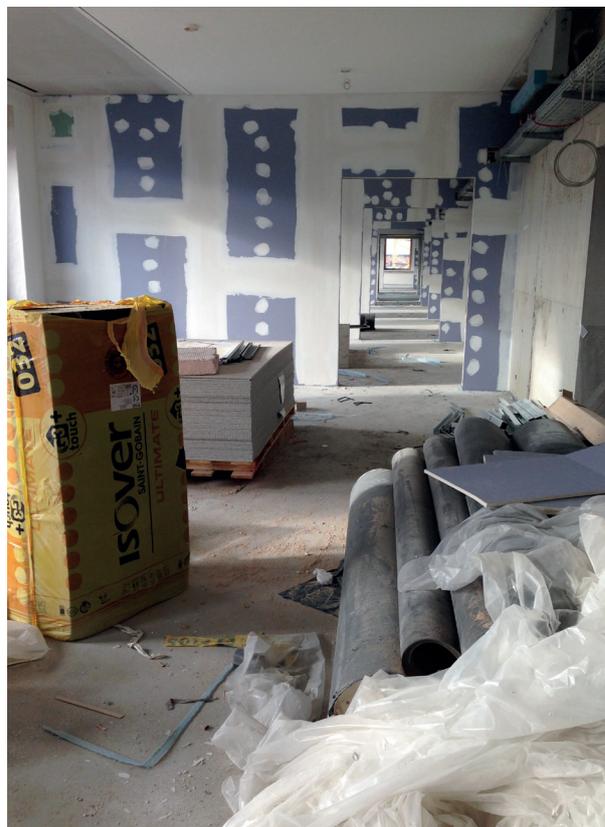
1. die Gewährleistung, dass durch Zufallsauswahl eine hinreichende Anzahl von Fällen zur umfassenden Prüfung durch Amtsträger ausgewählt wird,
2. die Prüfung der als prüfungsbedürftig ausgesteuerten Sachverhalte durch Amtsträger,
3. die Gewährleistung, dass Amtsträger Fälle für eine umfassende Prüfung auswählen können,
4. die regelmäßige Überprüfung der Risikomanagementsysteme auf ihre Zielerfüllung (§ 88 Abs. 5 S. 3 AO).

Soweit die Theorie.

Die Praxis beschreibt eine Sachbearbeiterin folgendermaßen:

„Eigentlich sollte der Computer die Arbeit erleichtern. Tatsächlich führt der Einsatz der Technik aber oft zu einer höheren Arbeitsverdichtung und -belastung. Wegen des strukturellen Personalmangels werden in immer mehr Arbeitsbereichen RMS eingeführt. Dabei steht aber nicht in erster Linie die Unterstützung des Bearbeiters/der Bearbeiterin, sondern die Erhöhung der Schlagzahlen im Vordergrund.“

...von alleine geht gar nichts!



Inhalt:

Risiko mit System	1
Miteinander reden	2
Energie sparen	2
Das reicht nicht, Herr Lindner!	3
Das Mindeste!	5
Besoldung auswürfeln?	5
Alimente ja, aber ...	6
Neues vom Firlefinanzamt	7
and the winner is ...	9
Das Schwarze Brett	9
Ich war die Erste	10
Sicher - in "unsicheren Zeiten"	10
Peace for Future	11
Radeln oder Laufen?	11
Mitratzen, Schmunzeln und Gewinnen	12





Die RMS geben dann vor, welche Angaben in einer Steuererklärung überprüft werden sollen. Alles andere soll aufgrund interner Dienstweisungen ungeprüft bleiben. Für uns Beschäftigte bedeu-

tet dies, dass wir immer mehr fremdbestimmt sind. Nicht das eigene Wissen oder die eigene Erfahrung, sondern Algorithmen bestimmen den Arbeitsalltag. Hinzu kommt, dass die eingesetzte Bearbeitungssoftware störanfällig ist und es häufig zu Programmausfällen kommt...“

Gerade wurde das RMS im Bereich Körperschaften pilotiert. Es war insofern „erfolgreich“, weil die Hinweise so formuliert wurden, dass sie besser nachvollziehbar sind. Es gab

auch wenige technische Ausfälle. Es ändert sich „lediglich“ die Art der Bearbeitung, während der Arbeitsaufwand nahezu identisch bleibt. Deshalb haben Personalräte vor der flächendeckenden Einführung deutlich gemacht, dass die Planstellen durch die Einführung nicht reduziert werden dürfen!



Miteinander reden

Die ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung hat sich Mitte September mit dem Präsidenten des Landesamtes für Steuern ausführlich über die Themen der Finanzverwaltung beraten. Hierüber wird im nächsten Bayern-Wecker ausführlich berichtet.



Mit dabei von der ver.di-Betriebsgruppe beim Finanzamt München (vlnr): Angelica Dullinger (Abt. III), Wolfgang Untergehrer (Abt. IV) und Michaela Sauerwein (Abt. IV).

Vom 31.10. bis 02.11.2022 fand diesmal das Seminar zur Geschichte der Reichsfinanzverwaltung und Nationalsozialismus 1933 bis 1945 statt, diesmal in der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. auf Schloss Aspenstein in Kochel am See. Das Wetter war gigantisch, über alles Weitere werden wir noch berichten!

Energie sparen - auch bei uns?!

Michaela Sauerwein

Die Bundesregierung und der Gesetzgeber - darunter übrigens auch bayerische Abgeordnete! - haben eine neue SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung beschlossen. Sie gilt ab 1.10.2022 bis 28.02.2023 und sieht u.a. in Arbeitsräumen in öffentlichen Nichtwohngebäuden für körperlich leichte und überwiegend sitzende Tätigkeit vor, die Lufttemperatur auf höchstens 19 Grad Celsius zu begrenzen.

Sofern warmes Wasser nicht für die Tätigkeit erforderlich ist, müssen wir zum Händewaschen kaltes Wasser nutzen. Das gilt für öffentliche Arbeitgeber zwingend. Brrrrrr... Das gilt also für uns!

Mit klammen Fingern am PC tippen klingt echt vielversprechend. Um aber nicht gänzlich in der Schockstarre zu verharren, helfen einfache Tipps - immer wieder gern gehört:

- ab ins Homeoffice und die Heizung aufdrehen - allerdings auf eigene Kosten;
- mehrere Mahlzeiten - am besten scharf - einnehmen, das wärmt von innen;)
- warme Wollsocken anziehen - Strickanleitung anbei
- weitere Vorschläge gerne an die Redaktion!



Essen wärmt bekanntlich auch! Hier vor dem Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg



Bananensocken sind eine einfache Art, Socken zu stricken, die sich beim Anziehen automatisch an den Fuß anpassen und bei denen eine Ferse unnötig ist. Also durchaus was für Ungeübte.

Die benötigte Maschenanzahl ist ganz normal aus den üblichen Sockentabellen für die

entsprechenden Sockenwollstärken (4- oder 6-fach) zu entnehmen.

Kurzes Bündchen: 2 rechts/2 links

Eine Hälfte der Maschen weiter mit 2 re/ 2 li stricken. Die andere Hälfte je 4-6 Reihen links im Wechsel mit 4-6 Reihen rechts.

Das wird nun so lange gestrickt, wie man es haben möchte, in der Länge ist das nun der Fuß mit Schaft. Einfach mal zum Testen reinschlüpfen...

Zum Schluss die Spitze nach Belieben in glatt rechts stricken.

„Das reicht nicht, Herr Lindner!“

Wolfgang Untergehrer

... hatte die Süddeutsche Zeitung (SZ) am 25.08.2022 zum Thema Geldwäsche getitelt.

Der Bundesfinanzminister will eine neue Behörde zur Bekämpfung der Finanzkriminalität einrichten. Das Wort allein ist purer Graus: Bundesfinanzkriminalamt!

Die bisher veröffentlichten Pläne aus dem Bundesfinanzministerium, eine neue Bundesbehörde zur Bekämpfung der Finanzkriminalität zu schaffen, lassen uns aufhorchen. Eine Überzeugungstat oder doch eher reinster Aktionismus von Christian Lindner, evtl. als höchstpersönlicher Schutzschirm angesichts der zu erwartenden fundamentalen Kritik in dem demnächst erscheinenden Bericht der Financial Action Task Force (FATF)?



Alle paar Jahre untersucht dieses internationale Gutachter-Gremium den Fortschritt verschiedener Länder bei der Bekämpfung von Geldwäsche. Deutschland hat bei der Bekämpfung von Geldwäsche international keinen guten Ruf. Die FATF erwog 2014 sogar kurzzeitig, Deutschland auf eine entsprechende Schwarze Liste zu setzen. Diese Institution erkannte in Deutschland zu viele Freiräume für Kriminelle, die diese gezielt für die Anlage ihrer schmutzigen Gelder nutzen konnten. Auch der neuerliche Bericht stellt Deutschland ein wahrhaft verheerendes Zeugnis aus.

ver.di begrüßt selbstverständlich, dass die vorhandenen Strukturen unter die Lupe genommen werden. Allein uns fehlt der Glaube, dass von einem Minister der FDP ernsthafte Reformen angegangen werden, die die Beschäftigten der Steuerfahndung wie der Strafverfolgungsbehörden tatsächlich in die Lage versetzen könnten, der organisierten Kriminalität die Stirn zu bieten. Beispiel Zollverwaltung: Bei einem Personalbestand von 25 % allein im gehobenen Dienst, einer anstehenden Pensionierungswelle aufgrund des Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge, fehlender (funktionierender) IT und vollkommen veralteter Verwaltungsstrukturen stehen die Beschäftigten in vielen Fällen allein da.

Zusätzliches Personal ist in den Planungen nur begrenzt vorgesehen. Wenn, wie es Recherchen der SZ nachvollziehbar nahelegen, durch Kriminalität 100 Milliarden jährlich -!- am Staat vorbeigeschleust werden, liegt der summierte Schaden im Billionenbereich.

Obwohl ich persönlich ganz klar ein solches neu geschaffenes Amt begrüßen würde, wäre es – angesichts dieser immensen Steuerschäden – gelinde gesagt eine Frechheit, diesem das notwendige Personal (unsere Schätzungen gehen von 500 Beschäftigten aus, damit sprechen wir von einer kompletten Behörde) zu verweigern.

Es ist überfällig, die sogenannte Beweislastumkehr einzuführen, so dass unsere Verwaltungen endlich in die Lage versetzt werden, bei Verdacht auf kriminelle Herkunft Gelder oder andere Vermögensgegenstände wie Immobilien, Schiffe etc. zu konfiszieren. Da können uns andere Staaten, die jährlich Werte im Umfang mehrerer Milliarden Euro beschlagnahmen und so ihre Staatskasse stärken können, als positives Vorbild dienen.





Das Mindeste!

Ab dem 1. Oktober 2022 gilt ein gesetzlicher Mindestlohn bundesweit von 12 Euro pro Stunde. Davon profitiert jede*r sechste Beschäftigte. Bei Vollzeit bedeutet die Erhöhung ein Einkommensplus von etwa 270 Euro brutto pro Monat!

Besoldung auswürfeln?

Reinhard Wallner
Vorsitzender ver.di-Landesbeamtenausschuss

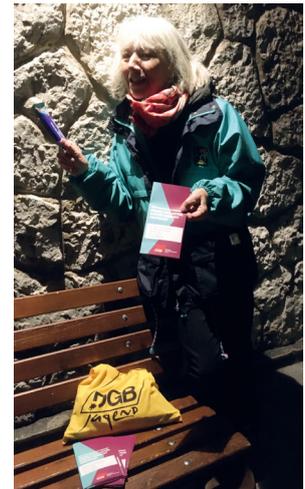
Für Beschäftigte die verbeamtet sind, hat ver.di eigene Gremien deutschlandweit und auf allen Ebenen. In Bayern gibt es hierfür den Landesausschuss der Beamtinnen und Beamten.

Dieses Gremium möchte die Beamtenarbeit in den ver.di Bezirken besser verankern. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind verstärkte Kontaktierung der politischen Entscheidungsträger in Bayern und Kampagnen, um strukturelle Verbesserungen in der Besoldungstabelle zu erreichen. Aktuell befasst sich der Landesbeamtenausschuss mit dem Gesetzentwurf zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile. Ein umfassendes Werk mit einigem Konfliktstoff, aber auch Verbesserungen. Zum Tagesgeschäft gehört aber auch, laufende Tarif- und Besoldungsrunden zu unterstützen.

Mindestlohnansprüche können noch drei Jahre rückwirkend geltend gemacht werden. Verstöße können - auch anonym - bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) der zuständigen Zollbehörde gemeldet werden.

Zusammengerechnet verdienen alle Betroffenen künftig rund 4,8 Milliarden Euro mehr pro Jahr - das stärkt die gesamtwirtschaftliche Kaufkraft. Vor allem Frauen profitieren, weil sie oft weniger verdienen. Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern werden abgeschwächt.

An dieser Entwicklung haben die Gewerkschaften entscheidenden Anteil.



Bilder von links nach rechts:
bundesweite Verteilaktion am
28.09.2022

hier um 6 Uhr morgens am
Bahnhof Kochel am See



Dem Vorstand gehören an: Monica Süß, Richard Feichtenschlager, Max Panzer, Klemens Schildwein und als Vorsitzender des Landesbeamtenausschusses und Mitglied im Bundesausschuss Reinhard Wallner (vormals Finanzamt Passau/Dritter von links in hellem Sakko).

Die Gewerkschaft ver.di hat bei der letzten Tarifrunde u.a. ein Onlineforum angeboten. Dort wurde auf die Belange der Beamtinnen und Beamten eingegangen, erklärt, wie der Verhandlungsstand ist, wie die Forderung zustande kam und wie sie begründet wird.



Wesentlich bei solchen Auseinandersetzungen ist, wie öffentlich wahrnehmbarer Druck aufgebaut werden kann. Im Forum wurde konkret erläutert, welche Möglichkeiten Beamte haben, sich zu beteiligen.

Ein wesentlicher Erfolg für ver.di war die Abwehr der massiven Angriffe der Länderarbeitgeber auf die Eingruppierungsregeln, den so genannten Arbeitsvorgang. Daher wurde nicht alles erreicht, sondern es gab auch Wermutstropfen zu beklagen: Eine Nullrunde bis zum 01.12.22 bei den Pensionsempfänger*innen. Das ist angesichts der Teuerungsraten besonders bitter. Schließlich gilt es auch die Einkommensgruppen zu unterstützen, die ein jahrzehntelanges Arbeitsleben geschultert haben. Hier sind alle gefordert, ob jung oder alt.

Der Arbeitgeberseite ringen Pressemeldungen und Plakate nur ein müdes Lächeln ab. Damit tun sich bisweilen andere Verbände hervor, aber zur Durchsetzung werden medienwirksame Kundgebungen und Demonstrationen benötigt. Da entscheidet die Anzahl der Köpfe, ob die Meldung in der Presse aufplopt oder z.B. darüber im Bayerischen Fernsehen berichtet wird.

Das „Auswürfeln“ der Besoldung muss ein Ende haben. Beamtinnen und Beamten fordern eine bessere Einbindung und mehr Einfluss bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen mitsamt der Bezahlung. Mach doch mit bei ver.di - dann sind wir stärker als je zuvor!



verdi Aktion zur Umverteilung

Bild rechts: Sebastian Keil
Leitung Bereich Beamtinnen und Beamte
ver.di Bundesverwaltung

Alimente ja, aber bitte verfassungsgemäß

Das Bundesverfassungsgericht hat 2015 und 2020 zu Inhalt, Struktur und Mindesthöhe der Beamt*innen-Alimentation klargestellt, dass der Bund und die Länder ihre Besoldungsgesetze ändern müssen, um eine verfassungsgemäße Alimentation garantieren zu können.

Einige Länder sind seitdem aktiv geworden und haben entsprechende Gesetzentwürfe bereits verabschiedet. Anderswo werden Maßnahmen zur Gewährleistung einer amtsangemessenen Alimentation intensiv diskutiert. ver.di fordert nachhaltige und verfassungsgemäße Konzepte des Bundes- und der Landesgesetzgeber für eine amtsangemessene Alimentation.

Außerdem stehen wir vor einer außergewöhnlich schwierigen und herausfordernden Tarif- und Besoldungsrunde für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen. In der angespannten Weltlage, zwischen Corona-Krise und Ukraine-Krieg, sind keine Geschenke von Arbeitgeberseite zu erwarten. Das Einzige was sie bewegen kann, sind wir. Dazu müssen wir Stärke zeigen!

Das gilt auch für die Beamtinnen und Beamten, denn Tarifrunden sind die Grundlage für die anschließenden Besoldungserhöhungen. Dein



Einsatz ist also gefragt - damit wir nicht eines Tages in Containern untergebracht werden!

Die Leitung des Bereichs Beamtinnen und Beamte in der ver.di-Bundesverwaltung hat am 01.09.2022 Sebastian Keil übernommen. Er setzt sich mit dem ver.di-Bundesbeamt*innen-ausschuss für die Interessen der Beamt*innen in ver.di ein.

Kontaktdaten und aktuelle Themen findet Ihr unter www.beamte.verdi.de.



Baustelle für Container für Google-Arbeiter in der Deroystraße



Neues vom Firlefanzamt...

Gastbeitrag Stefan Krause
(spricht „Hui Buh - das Schloßgespenst“)

Wenn Kinder etwas „Ungezogenes“ sagen, reagieren die meisten Eltern, Freunde und Verwandte so: „Also, von mir hat sie/er das nicht!“ Und dann fragen sie sich: „Aber woher hat das Kind es denn dann?“ Die Antwort ist ganz einfach: von überall her! Und so kommen auch jede Menge Meinungen, Vorlieben, Abneigungen und Vorurteile in die kleinen Köpfe.

Wer z.B. Filme und Serien im Fernsehen betrachtet, aber auch Beiträge in den anderen Qualitätsmedien sieht, kann in 90% erleben, dass dem Begriff FINANZAMT eine negative Bedeutung zugeordnet wird. Da ist zum einen die Institution selbst, die für ungeliebte und viel zu hohe Zahlungen, Schikane, staatliche Bürokratie und Habgier steht. Fazit: Wer etwas von dieser bösen Einrichtung will, muss monatelang warten, wird vertröstet und ist am Ende doch verraten und verkauft. Im Gegenzug ist das Finanzamt gnadenlos und blitzschnell dabei, wenn es darum geht, den Steuerbürger*innen ihr sauer verdientes Geld im Handumdrehen „abzuknöpfen“.

Analog dazu die Darstellung der Beschäftigten im Finanzamt: Hat schon mal jemand eine TV-Realitysoap gesehen, wo ähnlich den sog. „Blaulicht-Formaten“, eine clevere, tapfere und mit allen Wassern gewaschene Steuerabteilung (Titel: „Deroy lässt grüßen...“ o.ä.) ihren spannenden Alltag präsentieren darf? Wohl kaum. Seltene Ausnahmen sind zuweilen taffe Steuerfahnder*innen, deren spannende Arbeit sich bevorzugt in verdächtigen Luxusvillen oder Konzernetagen steuerhinterziehender Superreicher (sog. „Schwarze Schafe“) abspielt.

Aber im Allgemeinen wird das beamtete Fußvolk doch eher als schlicht, pedantisch, überkorrekt und nicht unbedingt arbeitswütig dargestellt. Aber so, wie beharrlich immer wieder behauptet wird, es gäbe gar keine „Mager-Models“ mehr in den Medien (Hallo?) oder das Klischee von „Blau für Jungen“ und „Pink + Glitzer für Mädchen“



sei doch ausgestorben (Hallo??), so seien doch auch die Zeiten vorbei, als der Öffentliche Dienst und seine Belegschaft als unflexible Ärmelschoner-Brigade dargestellt wurden. Und jetzt Alle: HALLO??? Natürlich ist das noch so. Und jetzt sind wir wieder bei den Kindern:

Wie sollen wir es finden, dass in einer lustigen Gespenstergeschichte für Vorschulkinder(!) das Finanzamt eine arme Ladenbesitzerin mit Zahlungsaufforderungen bedrängt, worauf alle Beteiligten einer Meinung sind, dass dieses „Firlanzamt“ ganz schön gemein ist? Und Kinder hören ja auch, wenn sich die Eltern ärgern, weil wieder der sch.... Steuerbescheid ins Haus ge-

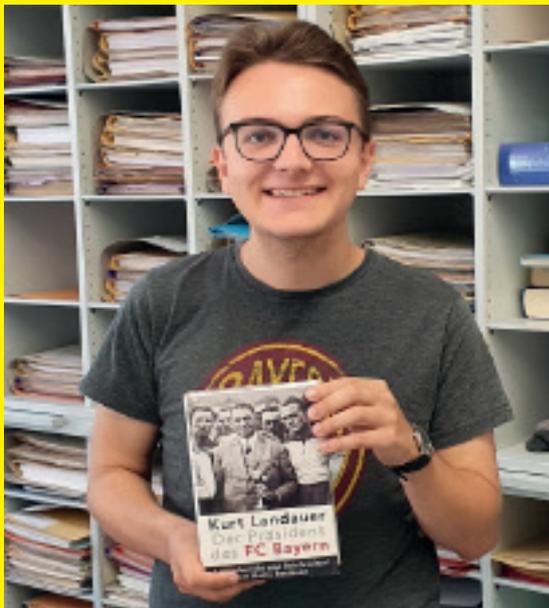
flattert ist. Vielleicht wird der sogar dafür verantwortlich gemacht, dass es heuer weniger Weihnachtsgeschenke oder nur verkürzten Urlaub geben wird?

Und das vergessen Kinder ihr Leben lang nicht mehr. Aber niemand erzählt ihnen im Kindergarten oder in der Schule, dass beides ja – neben vielen anderen Dingen in ihrem Leben – durch die Steuern finanziert wird, die das doofe Firlanzamt einsackt. Übrigens ein Zusammenhang, der nicht nur Kindern viel zu selten erklärt wird, sondern viel öfter auch Erwachsenen vermittelt werden sollte – vielleicht mal in einer positiven Image-Kampagne?



And the winner is ...

Diesmal hat den Buchpreis „Kurt Landauer. Der Präsident des FC Bayern“ unser Kollege Niels Bexte aus der Abteilung III verdientermaßen gewonnen. Wir gratulieren herzlich!



LÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS:

S	C	H	A	D	E	N	S	B	E	R	I	C	H	T
A	L	A	F	U	L	E	T	E	I	O	M	O	O	A
C	I	F	G	E	B	T	E	A	S	S	P	R	P	F
H	F	E	H	S	C	T	R	M	S	E	O	O	F	E
E	F	R	A	S	H	O	N	T	P	N	R	N	E	L
R	H	L	N	E	A	G	S	E	E	W	T	A	N	S
T	A	S	I	L	U	E	I	N	E	A	I	V	D	I
O	N	C	S	D	S	H	N	B	D	S	E	I	O	L
R	G	H	T	O	S	A	G	U	W	S	R	R	L	B
T	E	U	A	R	E	L	E	N	A	E	E	U	D	E
E	R	H	N	F	E	T	R	D	Y	R	N	S	E	R

Zur Staatsfinanzierung in Krisenzeiten führt die Gewerkschaft ver.di in Berlin eine steuerpolitische Fachtagung durch.

Mit prominenten Podiumsgästen wird - hoffentlich hart - diskutiert, wie eine nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungsfähigen Staat aussehen und funktionieren -!- kann.

Auch dazu mehr im nächsten Wecker.

Das Schwarze Brett

Auf großen Tafeln, genauer gesagt „Schwarzen Brettern“, informiert die Gewerkschaft ver.di in unseren Dienstgebäuden.

Der Ursprung dieses Begriffs liegt bereits Jahrhunderte zurück, als Gemeinden wichtige Mitteilungen für die Bevölkerung an Bäume hefteten. Aus diesem Vorläufer entwickelten sich im Laufe der Zeit Anschlagbretter, die wichtige Informationen liefern sollten. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang der Jurist und Philosoph Christian Thomasius, der bereits 1687 Studenten so zu informieren versuchte. Damals gab es kein Telefon, geschweige denn Internet, um sich auszutauschen. Trotz dieser langen Geschichte sind die Tafeln auch heute nicht überholt. Gerade in einer Zeit der digitalen Überflutung hat das Schwarze Brett ganz klar seine Daseinsberechtigung.

Aus Brandschutzgründen wurden manche Tafeln durch Vitrinen ersetzt. Hier die Standorte beim FAM:

Deroystr. 10 EG/ Vitrine rechts im Seitengang des Sitzungsraumes

Deroystr. 18 EG

Deroystr. 20 EG Zi. 29
(am Verbindungsgang zu Deroystr. 18)

Deroystr. 22 EG

Katharina-von-Bora-Str. 4 EG

Karlstr. 9-11 EG

Sophienstr. 6/ Foyer Landesamt

Prinz-Ludwig-Str. 1-5 EG

Abt. VI Winzererstr. 47 a EG/ Gang links



„Ich war die Erste“

Der gebürtigen Ambergerin Kathrine Switzer gelang im wahrsten Sinne des Wortes Bahn- brechendes: Als erste Frau lief sie 1967 mit offizieller Startnummer den gesamten Boston-Marathon, obwohl der Rennleiter sie zwischendurch von der Strecke – und damit aus dem Blick der Öffentlichkeit – zu zerren versuchte.

Mit einem einzigartigen Fokus auf bayerische Frauen stellt dieses Buch 74 bekannte, unbekannte oder wiederentdeckte Pionierinnen vor, die in den Bereichen Kultur, Sport, Politik und Wissenschaft außergewöhnliche Leistungen vollbracht haben. Frauen, die gegen alle Widerstände als »Erste« in männlich dominierte oder Männern vorbehaltenen Bereiche vordrangen und dadurch – nicht selten zu einem hohen Preis – den Weg für ihre Folgegenerationen geebnet haben.



Sicher – in „unsicheren Zeiten“

Hier wird nicht eine Zunahme an Gewalt beklagt, sondern dem Autorenteam geht es darum, dass ihre Arbeit zur Selbstverteidigung nötig ist. Konkret vermittelt werden Zusammenhänge wie z.B. zwischen Stressforschung und Selbstsicherheit, eigene Möglichkeiten und Fähigkeiten der Wehrhaftigkeit und Zivilcourage, konkrete Handlungsstrategien und Hilfsangebote.

Das Konzept versteht sich als Haltung zum Leben, als Form der Lebenskunst, im Sinne einer schon in der Antike praktizierten Praxis der guten Lebensführung.

2022 tredition (Verlag) 978-3-347-68447-8 (ISBN) Softeinband 24 Euro, Hardcover- 32 Euro, auch online erhältlich. Rückfragen gerne bei Angelica Dullinger, Tel. - 2549



Peace for Future

Ein Projekt für junge Generationen

Menschliche Sicherheit für eine zukunftsfähige Welt, das treibt „Peace for Future“ an. Sie wollen eine Bewegung junger Menschen aufbauen, die sich für eine konstruktive Friedenskultur einsetzen. Das Ziel ist es, Friedensmentor*innen auszubilden, Engagement zu fördern und zu vernetzen.

Durch die Angebote von „Peace for Future“ werden junge Menschen darin unterstützt, konstruktiv mit Unsicherheiten und Konflikten umzugehen. In Kursen entwickeln sie ein friedens- und sicherheitspolitisches Verständnis und lernen, sich praktisch und selbstwirksam in gesellschaftliche Veränderungsprozesse einzubringen.



So wird zu einer Kultur und Gesellschaft beigetragen, in der Sicherheit durch ein Miteinander - statt Gegeneinander - gelebt und Frieden gestärkt wird. Mehr unter: www.peace4Future.de

Halbmarathon im Salzkammergut

Mitte September hat „unsere“ Michi wieder eine respektable Leistung vollbracht: ungeachtet der Regenfälle ist sie um den kompletten Hallstätter See gelaufen. Das entspricht der Länge eines Halbmarathons. Wir gratulieren neidlos und aus vollem Herzen!



Radentscheid für (ganz) Bayern?

Die Staatsregierung hat 2017 versprochen den bayernweiten Radverkehrsanteil bis 2025 von 10 auf 20 % zu verdoppeln. Bis jetzt ist der Radverkehrsanteil aber nur um ca. ein Prozent auf 11 % gestiegen! Radwege, Abstellanlagen und Radmitnahmemöglichkeiten fehlen oder sind häufig so dürftig und unsicher, dass sie nicht zum Radfahren einladen.

Auf dem Land bleibt oft nur die Wahl zwischen holprigen Feldwegen oder gefährlichem Radeln auf der Landstraße, wo man bei wenig Abstand von schweren Kfz in hoher Geschwindigkeit überholt wird. Die Radmitnahme in Bus und Bahn ist teuer, nicht garantiert oder von vornherein ausgeschlossen.

Gefordert wird ein Radgesetz, das die Staatsregierung verpflichtet, nicht nur von umweltfreundlicher Mobilität zu reden, sondern diese zügig sicherzustellen.

Bayern braucht ein Radgesetz! Infos zum Mitmachen: <https://radentscheid-bayern.de>

